

Schwarzwälder Tageszeitung

Der 7. Mai

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Heimblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Mai 2000 Mk. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 150 Mk. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 150 Mk., die Reklamezeile 400 Mk. Mindestbetrag eines Auftrags 600 Mk. Bei Abberholung Rabatt. Bei Zahlungsvorzug ist der Rabatt fünfzig.

Nr. 103.

Altensteig, Freitag den 4. Mai.

Jahrgang 1913

Dr. Cuno über die deutsche Note.

Berlin, 1. Mai.

In der Sitzung der Minister und Staatspräsidenten eingehende Erläuterungen und drückte am Schluss seiner Ausführungen den Wunsch aus, daß sie zu Verhandlungen führen möge, zu offenen Verhandlungen, in denen wir mit aller Offenheit unsere Lage darlegen und uns zu einer Leistung bekennen wollen, die bis zur Grenze unseres Möglichen geht.

Er führte weiter aus: Was wir in der Note vorgeschlagen haben, hält sich grundsätzlich im Rahmen der bisherigen Regierungserklärungen. Sie finden in der Note drei Fragen dem Lösungsversuch entgegengeführt: die Frage der Entschädigungen, die Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs der Kräfte, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, und die Frage der politischen Sicherheiten für beide Länder. Was die Entschädigungssumme anlangt, so haben wir erneut versucht, zahlenmäßig eine Abgrenzung für unsere Verpflichtungen zu finden. Dieser Versuch war schwerer als jemals zuvor. Wir wählten erneut als Ausgangspunkt der Verhandlungen die 30 Milliarden Goldmark, die durch Anleihen aufgebracht werden sollten. Die Notwendigkeit einer Erhöhungsrück, eines Zahlungsausschubs von vier Jahren, ist organisch dadurch eingebaut, daß die Rinszahlungen der ersten vier Jahre dem Anleihebetrag entnommen werden sollen. Die Schuld von 30 Milliarden wird schwer auf uns lasten. Sie bedeutet eine jährliche Leistung, die schon bei einem Mindestfuß von 5 Prozent und 1 Prozent Zinsung allein für 20 Milliarden 1,2 Milliarden und für weitere zwei Abschnitte von je 5 Milliarden mindestens je 0,3 Milliarden, im ganzen also 1,8 Milliarden lösen kann, wobei ich Anlaß habe, zu besorgen, daß wir mit einem Zinsfuß von 5 Prozent bei der Begebung von Anleihen nicht werden auskommen können. Die Sachleistungen, soweit sie durch den Einbruch unterbrochen waren, sollen wieder aufgenommen und ihr Gegenwert auf unsere Schuld angerechnet werden.

Der Reichszankler erwähnte dann den Eventualvorschlag, die gesamte Entschädigungsfrage einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten und fuhr fort: Wir wollen unter allen Umständen, daß das, was wir anfragen, auch erfüllt wird. Wir sind bereit, für die Beträge, die wir im Anleihenwesen erhalten, jedwede wirtschaftliche Sicherheit zu stellen. Selbst während der Zeit der Ruhrbesetzung und der Besetzung weiterer deutscher Landesteile hat Deutschland in der Einlösung der belgischen Schatzwechsel das getan, was es zu sagen hatte. Nur im Wege der Anleihe können wir die Mittel zur Zahlung der Entschädigungssummen beschaffen. Und daher hat Frankreich ein Interesse daran, aus von außen her in Ruhe zu lassen, damit wir auch im Innern zur Ruhe kommen. Die Voraussetzung für jede Anleihe ist nach allgemeinem Urteil die Forderung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und die Sicherheit gegen politische Pfänder. Wir wissen, daß in Frankreich ein starker Wunsch und ein starkes Bedürfnis besteht zum Ausgleich der Wirtschaftsentwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland. Eine solche Verständigung wäre zustande gekommen, wenn nicht Frankreich jede Annäherung und Versöhnung darüber abgelehnt hätte. Und vielleicht wäre dadurch zugleich die Brücke geschlagen worden zur Lösung der Entschädigungsfrage. Auch heute noch wird die deutsche Wirtschaft sich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht entziehen, weil wir wissen, daß Frankreich immer noch vor der Sorge deutscher Angriffsabsichten steht. Wir wollten auch die Frage der politischen Sicherheiten für Frankreich und Deutschland nicht unberührt lassen, denn wir sind es unserem Volke nach bereit, der Herstellung Einheit zu tun, aber wir sind auch bereit, bis zum letzten Rest unserer eigenen Kraft anzuhalten, was den Tod jeder Entschädigung bedeuten würde. Wir sind dazu bereit, weil wir wissen, daß, wenn unsere Vorschläge nicht als Verhandlungsgrundlage angenommen werden, der Wille des anderen nicht auf Entschädigungen, sondern auf Annexion und Vertiefung abzielt und daß es sich für uns alle um Sein oder Nichtsein handelt. Wir hoffen auf die Erkenntnis der Welt, daß der Konflikt an der Ruhr ein Wahnsinn ist nicht nur für die Beteiligten, sondern zugleich für die ganze Welt. Und so senden wir die Note ab mit dem Wunsche, daß sie zu offenen, freien Verhandlungen führt, denn wir haben unsere Lage dargelegt und wollen uns zu einer Leistung bekennen, die bis an die Grenze unseres Möglichen geht. Aber solange der Einmarsch uns dazu

nötigt, soll auch unser Widerstand nicht erlahmen, damit wir das Vaterland unseren Kindern erhalten.

Der Reichszankler geht so Johann derer, die in Eifer und deutschem Sinn an der Front anzuhalten. Er warnte vor Unbesonnenheiten, die die innere Ordnung stören würden, und ermahnte das Volk, an die Gesamtheit zu denken, und schloß: Die Welt hat bisher den Zuständen wie einem Schauspiel zugehört, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren. Wir haben sie nochmals ausdrücklich und in aller Form vor die Frage gestellt: Will sie den Frieden, oder will sie die Fortdauer des Konflikts, der zu unabsehbaren Ereignissen führen kann? Die Welt hat das Wort!

Sum deutschen Angebot.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Note, die von der deutschen Regierung am Mittwoch veröffentlicht worden ist, hat vor ihrer Fertigstellung sowohl nach ihrer formellen wie nach ihrer sachlichen Gestaltung mancherlei Umarbeitungen erfahren. Das ist begreiflich, denn das Kabinett Cuno stand vor einer der schwersten Entscheidungen; es mußte nach allem, was vorgegangen war, ein Angebot machen, das von aller Welt als die äußerste Grenze deutscher Zahlungsfähigkeit aufgefaßt wurde, es mußte auch den leichten Anschein vermeiden, als ob nur eine Finte beabsichtigt sei — ein Bismarck, der von Frankreich in jedem Falle zu erwarten ist — es mußte schließlich aber auch nicht zuletzt daran denken, daß wir unter Umständen zu unserem Wort stehen müssen und deshalb nichts versprechen können, was wir nicht zu halten imstande sind. Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet die Zahl von 30 Milliarden, wie sie von der Reichsregierung genannt wird, eine Überraschung. Sie war als Höchstgrenze vorgegeben im Pariser Angebot, inzwischen ist aber von allen Seiten betont worden, daß wir gar nicht wissen, was uns nach dem Abmarsch der Franzosen aus dem Ruhrgebiet an wirtschaftlicher Kraft überhaupt noch bleibt und daß deshalb von deutscher Seite eine Unbekannte in Rechnung gestellt werden müßte, deren Herausrechnung einer späteren Zeit nach Feststellung des Schadens überlassen blieb. Dabei wird in der Note der Betrag von 30 Milliarden als Höchstbetrag angegeben, unmittelbar darauf aber als Variante die Entschädigung einer internationalen Kommission vorgeschlagen, die vielleicht unsere Leistungsfähigkeit höher — vielleicht allerdings auch niedriger, aber das ist unwahrscheinlich — einschätzt, und schließlich wird für das Moratorium von vier Jahren, das für die Anleihezinss bis zum 1. Juli 1927 laufen soll, eine nachträgliche Zahlung der Zinsen in Aussicht gestellt. Der Gegenwertwert ist daher tatsächlich höher als 30 Milliarden, er erreicht fast den Vorschlag Bonar Law's, der einen Gegenwertwert von 32 Milliarden besaß. Daß er an die französischen Wünsche bei weitem nicht heranreicht, daran ist nicht zu zweifeln, um so unbegreiflicher aber ist es, weshalb die deutsche Regierung desfalls ihren Vorschlag nicht etwas anders aufzog. Was wir bisher bezahlt haben, wird von unseren Sachverständigen auf über 40 Milliarden geschätzt, die Gegenseite kommt zu wesentlich niedrigeren Ergebnissen, immerhin wird auch von den Engländern nicht bestritten, daß das Minimum 1,6 Goldmilliarden beträgt, französische Schätzungen gehen sogar bis auf 14 Milliarden. Es wäre also praktisch auf dasselbe herausgekommen, wenn die deutsche Regierung einen Betrag von 40 Milliarden anbot abzüglich dessen, was bisher von uns nach unparteiischer Schätzung gezahlt worden ist. Wir hätten deshalb keinen Pfennig mehr abgeben müssen, hätten aber den Vorteil gehabt, daß wir mit einer Zahl dienen könnten, die nach etwas ausfah. Ein klein bißchen Psychologie ist nun einmal auch in solchen Fragen von Nutzen.

Was die Note im übrigen enthält, ist der Hauptsache nach bekannt. Wir wiederholten das Angebot einer Verpfändung der gesamten deutschen Wirtschaft für die Verzinsung und Amortisation der Anleihe; und zwar durch ein besonderes Gesetz. Man wird hier nicht einwerfen dürfen, daß das lediglich eine allgemeine Phrase sei; es bestand vorübergehend die Absicht, darüber genaue Vorschläge zu unterbreiten. Die Regierung ist aber zuletzt wieder davon abgekommen, weil sich mit Recht der Einwand dagegen geltend machte, daß derartige Schatzbestimmungen nicht von Staat zu Staat abschließbar werden können, sondern vornehmlich

mit demjenigen zu regeln sind, der das Geld geben soll. Deshalb ist mit der generellen Verpflichtung, die nötigen Garantien gefälligst herzustellen, alles getan, was überhaupt von uns verlangt werden konnte, eher zu viel als zu wenig. Auf der Gegenseite knüpft die deutsche Regierung an ihr Angebot die unerlässliche Bedingung, daß die Pfänder- und Annexionspolitik aufhört, daß die Besatzungsstellen begrenzt werden und die wirtschaftlichen Fesseln fallen, welche die Gleichberechtigung unseres Handels einengen. Um auch das französische Mißtrauen vor der deutschen Revanchelust zu beruhigen, wird erneut der Gedanke eines Rhein-Vertrages angeregt, wobei es offen bleibt, ob dieser Vertrag lediglich zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen oder auf alle Uferstaaten ausgedehnt werden soll. Auch hier also reichliches Entgegenkommen, sodas die Note als Ganzes gesehen ein wirtschafts-politisches System umreißt, innerhalb dessen künftighin Deutschland und Frankreich friedlich nebeneinander leben könnten, ja miteinander arbeiten könnten, soweit es dem bösen Rachdorn gefällig.

Das ist die entscheidende Frage, deren Beantwortung uns die nächsten Tage bringen müssen. Die deutsche Regierung hat verlangt, daß die schweren Eingriffe in die persönliche Freiheit, die Frankreich sich im Ruhrgebiet hat zuschulden kommen lassen, beseitigt werden, sie hat außerdem angekündigt, daß der passive Widerstand fortgesetzt wird bis zur Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände. In diesen Einschränkungen liegt der Prüffstein für die Willkür der Franzosen. Sie haben bisher behauptet, daß die Einstellung des passiven Widerstandes für sie Voraussetzung von Verhandlungen wäre. Jetzt können sie zeigen, ob das nur ein Bluff war oder ob sie hier wirklich einsehen wollen, um die ganzen Verhandlungen scheitern zu lassen, ehe sie begonnen haben. Hoffnungen auf einen positiven Erfolg des deutschen Schrittes haben wir nicht, zumal auch die gewaltig nüchternen Art der deutschen Note und die falsche Betonung der Arithmetik gerade jetzt, wo wir endlich einmal Gelegenheit hatten, zur ganzen Welt zu sprechen, den Franzosen ein Recht, wenn sie es sprechen wollen, erleichtern könnte. Denn die Kanzlerrede, in der Dr. Cuno den Ministerpräsidenten der Länder alles das gesagt, was er in der Note nicht gesagt hat, bietet für diese Lücken in der Note selbst nur einen schwachen Ersatz.

Die Franzosen lehnen ab.

Paris, 3. Mai. Ueber den heutigen französischen Ministerrat wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Minister sind am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand zusammengetreten. Der Ministerpräsident hat das Schreiben zur Kenntnis gebracht, das er vom deutschen Geschäftsträger erhalten hat. Der Ministerrat war einmütig der Ansicht, daß die Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen und des Mangels an Garantien als wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffern. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Absendung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Alliierte verständigen.

Paris, 3. Mai. Nach Bekanntgabe der deutschen Vorschläge wurden am Mittwoch nachmittag bereits am Quai d'Orsay Auskünfte gegeben über die Haltung der französischen Regierung zu diesen Vorschlägen. Der Inhalt dieser Auskünfte deutet sich vollständig mit der ablehnenden Kritik der Pariser Blätter. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erklärungen Poincares sowohl in den letzten Londoner und Brüsseler Konferenzen wie auch bei den späteren verschiedenen Ansprachen aus Anlaß besonderer Gelegenheiten ein Programm darstellen, von dem Frankreich nicht abweichen werde. Die deutschen Vorschläge, abgesehen von ihren Einzelheiten, namentlich die in ihnen enthaltenen Ziffern, verlangen eine Aufrechterhaltung des bis zum Moment der Ruhrbesetzung beobachteten Zustandes, wobei die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen ausschließlich von Deutschlands gutem Willen abhängt. Diesen Zustand, den Frankreich lange Jahre hindurch geduldet habe, wolle es nach den Erfahrungen, die es dabei machte, auf keinen Fall mehr hergestellt sehen. Entsprechend den Brüsseler Beschlüssen, werde Frankreich niemals darin einwilligen, die Ruhr zu räumen, es sei denn Zug um Zug gegen die deutschen Zahlungen, die nur in diesem Falle angenommen



werden können, daß Deutschland ein Interesse daran habe, Zahlungen zu leisten. Da die deutsche Note in diesem entscheidenden Punkte Frankreich widerspreche, so sei sie auf jeden Fall als Grundlage weiterer Verhandlungen unbrauchbar. Diese Erklärungen wurden hier gegeben, ohne daß dabei mit einem Wort auf die Haltung der anderen Mächte, namentlich Englands, Bezug genommen wurde. Die Entscheidung der französischen Regierung scheint demnach festzustehen und unbeeinflussbar zu sein.

England „erwägt“.

London, 3. Mai. Reuter erfährt, die zuständigen britischen Kreise seien nicht geneigt, sich über das neueste deutsche Angebot zu äußern, es liege kein Anzeichen dafür vor, ob Großbritannien das Angebot als eine vernünftige Grundlage für eine Erörterung ansehe oder nicht. Die britische Regierung werde sich nach sorgfältiger Erwägung der Note mit der französischen, belgischen und italienischen Regierung in Verbindung setzen, um deren Auffassung festzustellen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß Frankreich nicht sofort eine Erklärung abgibt.

Prüfung durch Amerika.

London, 3. Mai. Aus Washington wird es bescheide kein Anzeichen dafür, daß das amerikanische Außenministerium eine Erklärung über die deutsche Note abzugeben, die sehr sorgfältig geprüft würde. Die Beamten des Staatsdepartements betonten, daß die Vereinigten Staaten keinen Anteil an den europäischen Entschädigungen hätten. Infolgedessen sei es irrig, zu glauben, daß die amerikanische Regierung durch Deutschlands letzten Schritt unmittelbar berührt werde. In einigen Kreisen werde Genugtuung darüber ausgedrückt, daß der Vorschlag wegen Ernennung einer unparteiischen Kommission von Wirtschaftsfachverständigen für eine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit erneuert worden sei.

Französische Schandjustiz.

Hattungen, 3. Mai. Im F-inrichshütten-Prozess wurde das Urteil gefällt. Von der Anklage der Vorbereitung von Attentaten gegen französische Beamte wurden die drei Angeklagten freigesprochen. Dagegen hat das Gericht die Schuldfrage auf Störung der öffentlichen Ordnung bei Jäger, als dem technischen Direktor, bejaht und über ihn eine Geldstrafe von 50 Millionen Mk. verhängt. Bei allen drei Angeklagten erfolgte Freisprechung von der Anklage wegen Vorbereitung zur Beeinträchtigung des Ingenieurbesuchs. Wegen Falschgebens wurden Jäger und Köhler zu je 50 Millionen Mk. Geldstrafe verurteilt. Beinkle wurde freigesprochen. Die Angeklagten wurden in Freiheit gesetzt.

Der wegen einer angeblichen Sabotage zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilte Oberingenieur Gottfried aus Ludwigshafen soll nach Martini (1) gebracht werden.

Die deutsche Note und Italien.

Rom, 3. Mai. Die deutsche Note wurde am Mittwoch dem deutschen Botschafter dem Ministerpräsidenten übergeben. Während man sich in Regierungskreisen bis jetzt ganz reserviert verhält, ist man in politischen Kreisen der Ansicht, die deutsche Note müsse trotz den Anzeichen der Beredsamkeit in Paris von den nicht direkt beteiligten Mächten auf das sorgfältigste „geprüft“ werden.

Der Krieg an der Ruhr.

Von unferem ins Einbruchgebiet entfallenden Sonderberichterstatter.

„Hinterhältig“ bezeichnet die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des alten (synd.) Bergarbeiterverbandes, die von den Franzosen im Ruhrgebiet besetzte Politik. Sie trifft damit ins Schwarze. Wie war es doch, als die Franzosen am 11. Januar einrückten? Degoutte proklamierte feierlich in Maueranschlägen: Die Versammlungs- und Pressefreiheit bleibt unangetastet, die deutschen Gesetze bleiben in Kraft, das Wirtschaftsleben hat keine Eingriffe zu befürchten. Mit diesem Höder hoffte man die Arbeiter zu fangen. Flugblätter suchten sie dann aufzuspüren gegen die Arbeitgeber, gegen die angeblich allein die Aktion gerichtet sei. Als das nicht verfrucht, da zogen die Franzosen andere Saiten auf. Die Behörden und Bewachungen wurden systematisch desorganisiert durch Massenverhaftungen, Befehle von Dienstgebäuden, die Polizei wurde ausgewiesen, das Eisenbahnwesen zum Teil lahmgelegt, die Bevölkerung aufs ärgste drangsalirt. Doch auch das half nichts. Der Widerstand wuchs.

Nun versuchten es die Franzosen auf andere Weise. Sie überzogen das Ruhrgebiet mit einem Spießsystem, wie es niederträchtiger nicht gedacht werden kann. Verbrecher wurden aus den Gefängnissen befreit und als Spione unter französischem Schutz gestellt. Mancher Unschuldige verdankt diesen Schurken hohe Strafen. Den Bürger wurde nachts, ist schon von 7 Uhr abends an, das Betreten der Straße verboten. Die Verbrecher aber erhielten Nachtpassierscheine, Waffenscheine. Dadurch sind Zustände eingetreten, die die Bevölkerung mancherorts einem Schredensregiment des Geinbels aussetzt. Unschuldig werden den Geschäftsleuten in den Industrieorten für Millionen Mark Waren gestohlen. Die Franzosen wollen offenbar anarchische Zustände im Ruhrgebiet schaffen, um so den nachhaltigen Widerstand zu brechen. Deshalb auch ihre Begünstigung der zum „Generalstreik gegen den französischen Imperialismus“ aufrufenden Syndikalist, Unionisten und Kommunisten. Doch sie scheiden sich ins eigene Fleisch. Wie ein Mann rücken alle anständigen Elemente zusammen. So gut es geht, wird das Verbrechertum in Schach gehalten, die Feuerwehr steht den paar Artinabgeordneten zur Seite.

Eisernen, Polen und deutsches Lumpenpack in des Wortes buchstäblicher Bedeutung haben die Franzosen herangezogen zum Aufladen des auf den Felsenplätzen liegenden Kohles. 30000 Mark Tagelohn zieht — solange bis

diese Kohle Geld erhalten haben, das sie dann in Vorträgen umsetzen. Erst wenn sie wieder „blank“ sind, stellen diese im Grunde arbeitsscheuen Elemente sich wieder ein. Und was haben die Franzosen an dem so teuer erkundenen, mit der Hand aufgeladenen Kohle? Für Hochöfen ist es untauglich, melbet der „Ratin“. Reuer Kohle aber wird nicht hergestellt auf den besetzten Zechen; selbst da, wo die Belegschaft von den Kommunisten dirigiert wird, legen die Arbeiter Hade und Schippe hin, denn unter Bolschewiken arbeitet nicht einer!

Eine Anzahl Eisenbahnstrecken haben die Franzosen militarisirt. Doch das Reich verfolgt sie. Bald werden da, bald dort Schienen gesprengt. Brücken stürzen zusammen, der Kanal läuft aus. Die französischen Eisenbahner brechen, nach Hause gehen zu wollen, wenn ihre Schiene nicht gewaltig aufgebessert werden. Mit Kanonen und Maschinengewehren hoffte die französische Ruhrpolitik der Zustände Herr zu bleiben, auch wenn alles drunter und drüber geht. Eine gefährliche Politik! Der Geist des Bolschewismus ist auch in die Ruhrarmee eingedrungen, trotz häufiger Umgruppierens. Die Disziplinlosigkeit wächst. Kommt es im Ruhrgebiet zu bolschewistischen Unruhen, dann wird Frankreich mit in den Strudel hineingerissen. Dann gibt es einen Bergweissungskampf. Die Stimmung der Bevölkerung ist aufs äußerste aufgebrächt, und Hunderttausende wären bereit, den verhassten Eindringling mit Knüppeln fortzujagen, so sehr man wünschen mag, es möge nie dazu kommen, denn der hohe Sinn des Westfalenswiles für Rechtlichkeit und Menschlichkeit ist bereit, im Interesse eines dauerhaften wahren Friedens auf sich zu nehmen, was irgend gefordert werden kann: unter Wahrung der deutschen Unabhängigkeit und Freiheit.

Neues vom Tage.

Ruhrchronik.

Essen, 3. Mai. Verkleidung und Betriebsrat haben an die Angehörigen der Firma Krupp eine Bekanntmachung erlassen, worin sie die Bitte aussprechen, von einem Proteststreik aus Anlaß der Verhaftung des Herrn Krupp von Bohlen Halbach abzusehen.

In der Nacht vom 1. auf 2. Mai erfolgte auf der Ruhrtalbahn zwischen den Stationen Hattungen und Dahlen eine Explosion. Wie von der deutschen Polizei festgestellt wurde, ist der Bahnkörper nur an einer Stelle beschädigt worden. Der Verkehr ist dadurch nicht gehemmt. Die Täter sind unbekannt. Nachforschungen sind von deutscher und französischer Seite im Gange.

Franreich droht mit Abbruch.

Lausanne, 3. Mai. Eine hier eingetroffene Reuterdepesche meldet, daß Frankreich in Konstantinopel dem Vertreter der Regierung von Angora eine Note überreichen ließ, wonach, falls die Türken ihre in Syrien konzentrierten Truppen nicht zurückziehen, Frankreich die Konferenz von Lausanne verlassen werde. Diese Meldung hat hier beträchtlichen Eindruck gemacht.

London, 3. Mai. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die französische Note ist in festem und sogar drohendem Tone abgefaßt und hat in türkischen amtlichen Kreisen einen tiefen Eindruck gemacht. Doch wird in Erwartung von Instruktionen aus Angora große Zurückhaltung beobachtet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Mai.

Nach einer kurzen Pause nahm der Reichstag am Donnerstag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung stand eine deutschnationale Interpellation über die Auflösung der Deutsch-völkischen Freiheitspartei. Abg. Koch (Dem.) beantragte jedoch aus außenpolitischen Gründen die Absehung dieser Interpellation von der Tagesordnung. Innenminister Dezer unterstützte diesen Gedanken. Auch die Deutschnationalen waren mit der Vertagung dieser Angelegenheit einverstanden, gegen die nur Herr v. Graefe energisch protestierte. Mit großer Mehrheit wurde die Absehung beschlossen.

Die Sozialdemokraten forderten dann auch die Absehung des Versammlungs Sprengungsgesetzes, dem sie bisher entgegneten. Auch diese Absehung wurde beschlossen. Das Flüchtlingsiedelungsgesetz und die Anträge über die Feiertage wurden an den zuständigen Ausschuss übermittel.

Darauf wurde die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes beim Wirtschaftministerium fortgesetzt. Der Staatssekretär Trendelenburg gab auf Befehl der Herren an, daß zahlreiche überflüssige Waren immer noch eingeführt werden. Leider seien wir von einem Jüderausfuhrland zu einem Jüderimportland geworden. Der Augenblick für die vollständige Befreiung der Ausfuhrkontrolle und der Ausfuhrabgaben sei noch nicht gekommen. Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde erledigt, ebenso der des Reichswirtschaftsrats.

Sodann wurde der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums in Angriff genommen. Hier forderten Entschleunigung u. a. Vorzugsbehandlung der in Folge des Ruhrereindrucks entlassenen Arbeiter und Angestellten bei Wiedereinstellung neuer Arbeitskräfte, ferner Gesetze über die berufliche Ausbildung Jugendlicher und die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge. In der Aussprache verlangte der Demokrat Dr. Sie die Anhebung auch der Arbeitgeber bei der Vorbereitung von Gegenwürfen und empfahl, eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verhütung von Unfällen. Der deutschnationale Angestelltenführer Lambach trat für die Beteiligung der Angestellten und Arbeiter im Besitz und Ertrag der Großindustrie ein. Dieser Gedanke wurde jedoch von den Sozialdemokraten lebhaft bekämpft. Schließlich wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt. An diesem Tag soll auch die Abstimmung über das Gesetz gegen Versammlungs Sprenger stattfinden.

Reichsminister, die sich vor dem 1. 4. 20 widersetzen, hat die Abfindung aber erst nach dem 31. 3. 20 erhalten haben, wird nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums im Falle der Befristung des Auftrags ein Zuschuß zu der bereits bezahlten Abfindung gewährt. Der Zuschuß beträgt einschließlich der feinerzeit gewährten Abfindung in Ortsklasse C 8000 Mk., D 7000 Mk. u. E 6000 Mk. Witwen, die die Abfindung in der Zeit vom 1. 1. 20 bis 31. 3. 20 erhalten haben, kann unter denselben Voraussetzungen die Hälfte dieses Zuschusses gewährt werden. R.

Der Sternhimmel im Mai. Am Sternhimmel beginnt die winterliche Pracht zu schwinden. Das charakteristische Sternbild des Winterhimmels, der Orion, geht bereits mit der Sonne unter, der Sirius ist im Südwesten verschwunden, der Stier wird von der Sonne durchwandert, Kastor und Pollux, die Zwillinge, stehen am Nordwesthimmel um Mitternacht. Der Stern Capella im Fuhrmann ist die ganze Nacht zu sehen. Von den Stierhimmelssternen, d. h. den Fixsternen, die während des ganzen Jahres bei uns sichtbar sind, stehen unterhalb des Himmelspoles, der bekanntlich durch den hell leuchtenden Polarstern bezeichnet wird, der Deneb und die Cassiopeja, die einem langgezogenen lateinischen W ähnlich sieht. Südlich des Großen Bären ist der Rote mit dem Regulus zu sehen. Nordöstlich vom Löwen hat der Bootes mit dem Arcturus seinen Platz, östlich von dem Bootes befindet sich das Sternbild der Krone. Südöstlich vom Löwen ist die Jungfrau zu erblicken. Am Südosthimmel haben der Ophiuchus, die Schlange, der Skorpion und die Waage ihren Platz. Ostlich von der Krone kann man den Herkules erblicken. Am Nordwesten erglänzt die Waage im Sternbild der Leier, in deren Nähe sich der Schwan befindet. Von den Planeten wird am 13. Merkur im Stier rückläufig, nachdem er am 5. seine größte östliche Elongation hatte. In diesem Tage geht der Stern volle zwei Stunden nach der Sonne, etwa um 10 Uhr unter. Saturn steht bei Sonnenuntergang im Stier schon ziemlich hoch. Jupiter kommt am 5. in Opposition zur Sonne und ist also während der ganzen Nacht am Himmel. Venus geht am 1. um 4 Uhr und am 31. um 3 Uhr früh auf. Mars geht um 10 Uhr abends unter.

Ende eines Volksbegehrens. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird geschrieben: Vor ungefähr einem Jahr hat der Reichsbund für Züchtung und Pachtung ein Volksbegehren zur Bekämpfung des Reichsbeschlusses beantragt. Im Dezember 1922 wurde von der Regierung das Volksbegehren zugelassen und die Eintragungsurkunde auf die Zeit vom 18. April bis 1. Mai 1923 festgesetzt. Es erübrigt sich, heute sich nochmals mit dem Gedanken auseinanderzusetzen, nachdem sein Urheber selbst, Herr Hilt, eingesehen hat, daß die Entwurf sachlich überhaupt nicht ernsthaft erdient läßt. Der Bund hat sich nun veranlaßt gesehen, von der Durchführung des Volksbegehrens abzusehen.

Landwirtschaftliche Frauenschulen. Die von der Württ. Landwirtschaftskammer im Frühjahr 1922 eröffneten landwirtschaftlichen Frauenschulen in Blaubeuren und Kupferzell, O.L. Dehringen, sind auf 1. April 1923 staatlich anerkannt worden. Nach Wunsch eines Kurzes einer dieser Schulen mit abschließender Prüfung wird bei der Aufnahme ins staatliche Landwirtschaftliche Seminar in Kirchheim u.T. die praktische Aufnahmeprüfung erlassen.

L.C. nochmals das Standgericht auf dem Schlachtwichmarkt. Wie die Landw. Correspondenz mitteilt, ist das Ernährungsministerium selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von dem sogenannten „fliegenden Marktgericht“ auf dem Schlachthof verhängten Strafen jener sachlichen Unterlagen entbehren, auf denen der Rechtspruch eines Gerichtes stehen muß. Das Ernährungsministerium kann die Ausübung der gefällten Urteile zwar nicht verflügen, aber die Aufhebung seiner Ansicht dürfte doch erheblichen Wert besitzen für jene vom fliegenden Marktgericht ohne Sachkenntnis beurteilten, die bei dem Urteil sich nicht beruhigt haben.

Stuttgart, 3. Mai. (Verliche Sonderzulagen.) Nach einer Mitteilung des Württ. Beamtenbundes werden in Württemberg nimmere an folgenden Orten Sonderzulagen gewährt: Friedrichshafen 52 Prozent; Schmeppenhausen, Eriskirch, Langenargen, Nonnenbach, Hemmingen, Weingarten 26 Proz.; Stuttgart mit Hedelfingen, Obertürkheim und Bohnung 78 Proz.; Feuerbach, Juffenhofen und Bornwestheim 52 Proz.; Ludwigsburg mit Ohweil und Eglshelm, Stammheim, Münster, Schmiden, Fellbach, Rutenberg, Hlbbach, Zell, Albbach, Wöhringen, Wöhringen, Wöhringen a. F. und Rohr 26 Proz., ferner erhalten 26 Prozent Ravensburg, Ehlingen, Rottweil, Schwenningen, Eilenbuch und Rottweil.

Stuttgart, 3. Mai. (Württembergischer Notariatsverein.) Zu einer außerordentlichen Tagung hatte sich der Württ. Notariatsverein in Stuttgart bei ungewöhnlich starker Beteiligung versammelt. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, in der die Versammlung sich verwahrt gegen alle Bestrebungen auf Veränderung der bewährten Sondereinrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Sie erwartete von der Regierung, daß sie sich vorbehaltlos auf den Boden der bestehenden Zustände stellt und allen Bestrebungen auf grundsätzliche Veränderung nachdrücklich entgegentritt. Sie erkennt die Bestrebungen der Anwaltsbeamten auf Hebung ihrer dienstlichen Stellung als berechtigt an. Angesichts der überaus trübsamen Angelegenheitsverhältnisse im mittleren Justizdienst wird die Einbringung eines Nachtrags zum Haushaltplan für 1923 und die Umwandlung einer erheblichen Zahl der vorhandenen Hilfsstellen des Gerichts- und Notariatsdiensts in planmäßige Stellen beantragt.



Teuerungungsverhältnisse in Württemberg. Nach einer in den Mitteilungen des Statistischen Landesamts veröffentlichten Zusammenstellung der Teuerungszahlen in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern hat im Monat März die höchste Teuerungszahl Freiburg mit 258,642; an zweiter Stelle steht Schramberg mit einer Teuerungszahl von 252,823; dann folgt Friedrichshafen mit 252,196; Alen mit 249,614; Feuerbach mit 249,434; Reutlingen mit 245,602 und Stuttgart mit 243,726. Die niedrigsten Teuerungszahlen hatten Nittenburg mit 197,529 und Laupheim mit 198,973.

Luftabspriänge während der landwirtschaftlichen Woche. Am Pfingstsonntag und Pfingstmontag werden in Verbindung mit der Landwirtschaftsausstellung Fallschirmabspriänge des bekannten Luftkünstlers Leitz veranstaltet; den Besuchern der Landw. Ausstellung entstehen als Zuschauer bei diesen Abspriängen keine Kosten.

Für die Kinder. Die in den letzten Tagen durchgeführte Strohen- und Hausammlung für die Unterbringung bedürftiger Stuttgarter Kinder in Ferienkolonien und Waldheimen hat nach den vorläufigen Feststellungen das erfreuliche Ergebnis von über 7 Millionen Mark gehabt.

Verboten. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ ist durch die Alliierte Rheinlandkommission vom 30. April ab für drei Monate in der französischen und belgischen Zone der alliierten Gebiete verboten worden.

Freudenstadt, 3. Mai. (Der Reichskanzler in Erlangen.) Heute vormittag ist der Reichskanzler Dr. Cuno mit Gemahlin und in Begleitung des Freiherrn von Bibra zum Erholungsaufenthalt hier eingetroffen und hat im Hotel Nappen Wohnung genommen.

Tagtstahl, 3. Mai. (Güterzugräuber.) Seit längerer Zeit sind auf der Bahnstrecke zwischen Reutlingen und Eberbach Nachzüglerzüge beraubt worden. In der Nacht zum Sonntag gelang es nun der Eberbacher Gewerkschaft, eine flinkläufige Diebesbande, die mit Auto vorzufahren war, in dem Augenblick zu überraschen, als sie eben bei Jwingenberg den Nachzüglerzug um Güter im Werte von mehreren Millionen Mark erleichtern wollte, festzunehmen und ins Amtsgerichtsgefängnis einzuliefern.

Mergentheim, 3. Mai. (Wadefuß.) König Ferdinand von Bulgarien trat am Sonntag und Montag unserer Stadt einen Besuch ab. Nach dem Besuch des Gottesdienstes besichtigte König Ferdinand mit großem Interesse die verchiedenen Remanlagen des Bades. Am Montag erfolgte wieder die Abreise.

Norwehheim, 3. Mai. (Unglücksfälle.) Am Dienstag früh wurde der ledige 24 Jahre alte Stationsarbeiter Emil Burger von Untingen, O.A. Baihingen, vom Zuge überfahren; er starb im Ludwigsburger Krankenhaus. — Der 49 Jahre alte verheiratete Streckenwärtler der Landeswasserwerkleitung Johann Kraus von Mühlhausen a. N. mußte sein Leben infolge Verdrückung bei hier ausgeführten Wasserleitungsarbeiten lassen.

Eudersbach i. N., 3. Mai. (Bermittelt.) Seit 26. April wird der 60 Jahre alte Weingärtner J. Ehr. Hebel vermißt. Er hat sich eine Fahrkarte nach Stuttgart gelöst, wurde beim Aussteigen in Stuttgart gesehen, ist aber nicht zurückgekehrt.

Reutlingen, 3. Mai. (Einbruch.) Drei halbwüchsige Burschen von hier drangen am hellen Sonntag nachmittags in ein Privathaus in der Bahnhofsstraße ein und entwendeten Schmuckstücke im Wert von mehreren Millionen Mark. Einem Beamten des Landjägerskorps gelang es, die Wertgegenstände wieder bezuschaffen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eine Währungsinterpellation der Arbeitsgemeinschaft. Die von der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (Demokraten, Deutsche Volkspartei und Zentrum) im Reichstag eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut: Der Marksturz, der die Stützungsaktion der Regierung unterbrochen hat, ist geeignet, schwere wirtschaftliche Schäden hervorzurufen. Ist die Regierung bereit, über die Gründe dieses Marksturzes Auskunft zu geben, insbesondere darüber, ob von inländischer Seite auf diesen Marksturz vorsätzlich oder fahrlässig hingearbeitet worden ist und welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um ähnlichen Ereignissen für die Zukunft vorzubeugen? Zu derselben Frage erklärt der parteiunabhängige demokratische Zeitungsdienst: Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Reichsregierung in der Beantwortung dieser Interpellation dem deutschen Volk nicht nur reinen Wein einschenkt über die Gründe des Marksturzes, sondern daß sie auch, was noch viel wichtiger ist, in der Lage ist, ein zuverlässiges Programm vorzulegen, in dessen Händen sie die Markstabilisierung mit mehr Glück als bisher durchführen kann.

Schiedspruch in der Metallindustrie. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ wurde im Reichsarbeitsministerium durch Schiedspruch eine Erhöhung der Metallarbeiterlöhne um 10 bis 12 Prozent vorgenommen, so daß jetzt die Spitzenlöhne in Klasse 1 pro Stunde 1440 Mk. betragen.

Internationale Eisenbahnkonferenz in Bern. In Bern ist die internationale Eisenbahnkonferenz eröffnet worden, an der 17 Länder durch 60 Delegierte vertreten sind. Sie hat die Aufgabe, ein internationales Frachtabereinkommen abzuschließen.

Vom deutsch-schweizerischen Versicherungsabkommen. Der Schweizer Nationalrat befaßte sich mit dem deutsch-schweizerischen Versicherungsabkommen, das nach dem Beschluß der Reparationskommission verboten wird, und sprach sein Bedauern darüber aus. Es stehen für die Schweizerischen Versicherer rund 100 Mill. Franken Versicherungsbeiträge auf dem Spiel.

Der Wiederaufbau des Wiesbadener Stadttheaters. Die Arbeiten zum Wiederaufbau des abgebrannten Bühnenhauses des Wiesbadener Stadttheaters nehmen

einen rüstigen Fortgang. Das neue Bühnenhaus soll gegen Ende des Jahres in Betrieb genommen werden können.

Untergang eines Dampfers. Aus Kapstadt wird gemeldet: Drei Boote des gestrandeten portugiesischen Postdampfers „Rossamedes“ sind in Port Alexander angekommen. Nach dem Verbleib der anderen werden u. a. durch den deutschen Wörmann-Dampfer „Muanja“ Nachforschungen angestellt. Von den 258 Fahrgästen des Dampfers sind 227 gerettet worden.

Deutschlands Armut. Die „Westminster Gazette“ bringt einen Aufsatz über die Frage, ob Deutschland zahlen kann. Als Unterlagen bringt sie folgende Zusammenstellung über die Kaufkraft des Lohnes eines männlichen Angestellten in Deutschland und England. Die Preise sind berechnet auf Basis der Notierung von Ende Januar, also durch die neue Teuerung weit überholt:

Es arbeitet um zu bekommen:	ein deutscher Angestellter	ein englischer Angestellter
1 Pfd. Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfd. Feinzucker	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfd. rationiertes Brot	1,20 Stunden	15 Minuten
1 Pfd. Rindfleisch	4,20 Stunden	1,15 Minuten
1 Anzug	7 Wochen	1,5 Wochen
1 Paar Schuhe	5 Wochen	2 Tage
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten

Bücherschau.

Im Verlag Fleischhauer u. Spohn, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart sind erschienen:

„Unter Nüffelgarten“ 200 Nüffel in Reimen von Sophie Werner. 1-15. Tausend (gleich neue Folge des Nüffelstaschenbuchs von Algien), 48 Seiten, auf gutem Papier gedruckt, feil brosch. Ladenpreis Mk. 300.— (zuzüglich des üblichen Ladenzuschlages). — Die Verfasserin — Tochter des Defans in Besigheim — hat sich in vieljähriger Arbeit mit der Materie vertraut gemacht und versucht, die Nüffel in eine Form zu kleiden, die namentlich auch den Erwachsenen als Gesellschafts- und Unterhaltungsspiel viel Freude macht, während an vielen Abzügen sich auch Kinder reiferen Alters beteiligen dürfen.

Ernst Freylich (B. Kiefler): Sammlung heiterer und ernster Vorträge für Vereins- und Familienfeste, Gemeindefestern und andere Gelegenheiten. („Bei Sonnenschein“) Heft 2: „Hochzeitgedichte“ in schwäbisch und hochdeutsch, 24 Seiten. Mk. 300.— Heft 6: „Die Alte und der Junge“ Dittamatorium in 4 Vorgängen in schwäbischer Mundart, 26 Seiten. Mk. 300.— Der Herausgeber bzw. Verfasser ist eine bekannte Reutlinger Persönlichkeit. Es steckt ein gesunder, frischer Humor über auch manches Könnlein erster Lebensweisheit in diesen Gedichten und Dittamationen. Sie sind für Familien- und Vereinsfeste warm zu empfehlen.

„Das Beserl vom Gieser“, von Tony Schumacher. Erzählung. Das Buch liegt in einer neuen Ausgabe (3. bis 10. Tausend) Oktavformat, 136 Seiten, vor. Grundpreis Mk. 80.— Die Geschichte ist ein fein durchgeführtes Seelengemälde, das einen guten Eindruck auf die heranwachsende weibliche Jugend machen wird.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt 39 850 G., 40 049 Br., in Berlin 39 161 G. und 39 348 Br.

Weitere amtliche Devisenkurse aus Frankfurt:
1 Schweizer Franken = 7226 G., 7243 Br.
1 französischer Franken = 2643 G., 2656 Br.
1 italienischer Lira = 1930 G., 1939 Br.
1 holländischer Gulden = 15 610 G., 15 689 Br.
1 Pfund Sterling = 184 537 G., 185 462 Br.
1 spanischer Peseta = 6047 G., 6077 Br.
100 österreichische Kronen = 55,60 G., 55,90 Br.
1 tschechische Krone = 1169 G., 1175 Br.
1 dänische Krone = 7431 G., 7468 Br.

Zur neuen Devisensteigerung. Die ablehnenden Kommentare der Pariser Presse zur deutschen Note, die gewisse Schlüsse auf die zu erwartende Antwort der französischen Regierung zulassen, erschweren die Stützungsaktion für die Mark außerordentlich. An den Börsen setzte eine starke Devisenhausse ein; der Dollar stieg sich auf 39 500. Die bekannt gewordenen Einzelheiten des Devisennotgeses scheinen eher die Wirkung zu haben, daß die Berufsspekulation sich noch stärker mit ausländischen Zahlungsmitteln eindeckt, da man annimmt, daß mit dem Inkrafttreten der verschärften Bestimmungen Noten und Devisen nur noch einen gewissen Seltenheitswert haben dürften. Die feste Haltung des Devisenmarktes gab an der Effektenbörse den Anstoß zu einer allgemeinen Hausse. Verstärkt wurde die Bewegung durch den Umstand, daß an den beiden börsenfreien Tagen sich bei den Banken große Kaufaufträge aus Publikumskreisen angesammelt hatten. Die Berufsspekulation neigte aber am Markt der inländischen Industripapiere eher zu Gewinnrealisationen.

Neuerliche Erhöhung des Weizenpreises. Die Südd. Weizenvereinerung hat den Weizenpreis für Weizenmehl Spez. 0 von 220 auf 230 000 Mk. für den Doppelzentner, wagnonfrei Mannheim, erhöht.

Zunahme der Konurse. Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat auch die Zahl der Konurse im April, besonders in der ersten Hälfte des Monats, eine Zunahme erfahren. Es waren 46 Konurse zu verzeichnen gegen 27 Konurse im Vormonat. Die Zahl bleibt aber immer noch erheblich hinter den Vergleichsmonaten von 1922 oder 1914 mit 105 bzw. 704 Konursen zurück.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse, 2. Mai. Garne haben durchschnittlich um 50 Prozent, die Gewebe um zirka 45 Prozent angezogen. Nächste Börse am 16. Mai 1923.

Stuttgarter Börse, 3. Mai. Die Aufwärtsbewegung der Kurve an der Börse nahm hauffeierlichen Charakter an. Hypothekendarf + 500, Vereinsbank + 1300, Spinnereien fest: Erlangen + 2000, Kammer +

7000, Kolb und Schille + 5500, Kottner + 8000, Weißerstadter Wolfbecken + 5000, Reinen Blaubeuren + 11 000, Frauereifaktien: Haberburg + 200, Württ. Hohenzollern + 3000, Wulle + 2500, Maschinen- und Metallmarkt: Dohner + 5000, Junghaus + 2500, Magirus + 7500, Reckarsulmer + 5100, dagegen Württ. Metallwarenfabrik — 10 000. Die übrigen Werte nicht einbettlich: Anilin — 3000, Zement Heidelberg + 4000, Deutsche Verlag + 7000, Adin-Rottweil + 8000, Weibbrand Konserven + 600, Kraftwerk Altwürttemberg — 7000, Krumm + 3500, Maß + 500, Strohenbahnen — 200, Stuttgarter Jüder + 5300, Waag + 1000. Der Freiberger zeigte ein ähnliches Bild wie der offizielle Verkehr, bei äußerst lebhaftem Geschäft.

Verleihung von Bergwerkseigentum in Württemberg. Dem württ. Finanzministerium ist unter dem Namen „Röflingen II“ das Bergwerkseigentum in den auf den Gemeindegemarkungen Osterdingen, O.A. Rotenburg, Rehren und Tübingen, O.A. Tübingen, sowie Gomaringen, O.A. Reutlingen, gelegenen Grubenfeld von rund 2 Mill. Quadratmeter Fläche zur Gewinnung bituminösen Schiefers verliehen worden; ferner unter dem Namen „Gundelsheimer Grubenfeld I“ das Bergwerkseigentum in dem auf den Gemeindegemarkungen Gundelsheim und Röttingen, O.A. Reckarsulm, gelegenen Grubenfeld von gleichfalls rund 2 Mill. Quadratmeter Fläche zur Gewinnung von Steinsalz nebst den mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorhandenen Salzen.

L.C. Stuttgart, 3. Mai. Dem Schlachtdiehmarkt am Donnerstag waren zugetrieben: 55 Ochsen, 27 Bullen, 125 Jungbullen, 100 Jungriinder, 239 Kühe, 397 Kälber, 1073 Schweine, 63 Schafe, 2iegen, für 1 Zentner Lebendgewicht wurde erlöst (alles in 100 Mk.): Ochsen erste Qualität 280—305, zweite 200—260, Bullen erste 225—240, zweite 160—210, Jungriinder erste 280—310, zweite 230—265, dritte 175—220, Kühe erste 200—225, zweite 145—180, dritte 90 bis 120, Kälber erste 295—315, zweite 270—280, dritte 220—260, Schweine erste 370—380, zweite 340—355, dritte 300—320. Verkauf des Marktes: bei Schweinen belebt, sonst langsam: alles verkauft.

Marktberichte. Der Zutrieb zum Viehmarkt in Marbach betrug 6 Färren, 26 St. Ochsen und Stiere, 29 Kühe, 42 Kinder und Kalbinnen und 40 Kälber. Gehandelt wurde zu folgenden Preisen: Ochsen und Stiere 1½—3, Kühe 2—3, Kinder und Kalbinnen 1—3½ Mill., Kälber 700 000 bis 1½ Mill. Mk. Kalen: Zuggeführt: 8 Ochsen, 23 Stiere, 8 Färren, 55 Kühe, 137 Kälber und Jungvieh, 5 Kälber. Preise: Ochsen 2,6 bis 2,9 Mill. Stiere 550 000 bis 1,6 Mill., Färren 1,3—1,4 Mill., Kühe 600 000 bis 3 Mill., Kälber und Jungvieh 350 000 bis 2,5 Mill. Kälber 200—600 000 Mk. Bei einem Zutrieb von 72 Milchschweinen und 5 Färsen galten erstere 280—390 000, letztere 450 bis 480 000 Mk. je Paar. — In Badnang galten Milchschweine 150—210 000, Färsen 335—360 000 Mk. je das Stück. — Heilbronn: 1 Milchschwein 150—180 000, 1 Färsen 280 000 Mk. — Reutlingen: Milchschweine 170—200 000 Mk. das Stück. — In Tuttlingen 1 Milchschwein 140—240 000 Mk.

Wetter.

Bei wenig veränderter Luftdruckverteilung ist für Samstag heiteres und trockenes Wetter mit Neigung zu Gewitterbildung in Aussicht zu nehmen.

Letzte Nachrichten.

Eine sofortige Antwort in Sicht.

Brüssel, 3. Mai. Der belg. Volschafter hat heute Vormittag eine Unterredung mit dem politischen Direktor des Außenministeriums gehabt. Man hat sich über den allgemeinen Inhalt der Antwort an die deutsche Regierung unterhalten, jedoch ist, wie das „Journal des Debats“ mitteilt, keine Entscheidung über den Inhalt der Antwort getroffen worden. Morgen wird jedenfalls der belg. Volschafter wiederum mit der franz. Regierung verhandeln und in weniger als 48 Stunden wird der deutschen Volschaft in Paris eine klare und präzise Antwort übermittelt werden. Die belg. Regierung wird zweifellos eine gleichartige Antwort, wenn nicht gar im gleichen Wortlaut ergehen lassen.

Brüssel, 3. Mai. Um 5 Uhr nachmittags hat Ministerpräsident Poincaré eine Unterredung mit dem Finanzminister, dem Minister für die besetzten Gebiete und dem Minister für die öffentlichen Arbeiten, sowie mit dem französischen Delegierten in der Reparationskommission gehabt. Nach Poincaré kann man annehmen, daß Gegenstand dieser Beratung die Ausarbeitung der Antwort an die deutsche Regierung gewesen ist.

Eine Erklärung des franz. Ministerpräsidenten.

Brüssel, 3. Mai. Die Havasagentur veröffentlicht zur Erklärung des im heutigen Ministerrat getroffenen Beschlusses folgende offenbar beeinflusste Note: Das offizielle Communiqué zählt die verschiedenen Gründe auf, die das Kabinett hindern, die deutsche Note als Verhandlungsmittel in Erwägung zu ziehen. In erster Linie handelt es sich hier um die von Reichskanzler Dr. Cuno gestellten Bedingungen, nämlich die Fortsetzung des passiven Widerstands in den besetzten Gebieten, ihre Klärung aus der Eröffnung von Verhandlungen. (Anm. des Berichterstatters: Die deutsche Note enthält keine derartige Forderung,) gar nicht zu reden von der Beseitigung der Zollschranken, der Abschaffung des Rechts, Sanktionen anzuwenden und Pfänder zu beschlagnahmen. Ferner ist dem deutschen Angebot keinerlei Garantie beigegeben worden, weder Garantien von Regierungseite, z. B. Verpändung von Staatsigentum, Böden, Eisenbahnen usw. für die Reparationsverpflichtungen, noch Garantien politischer Art, wie die Mitwirkung der deutschen Großindustrie bei der Durchführung der vorerwähnten Zahlungen. Schließlich ist der Betrag des deutschen Angebots selbst gering und ganz ungenügend, denn im besten Fall reißt es vor, den Alliierten 30 Milliarden Goldmark zur Verfügung zu stellen. Diese

